

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschrift: Nachrichten Dresden.  
Dienstpreis-Sammelnummer 25 241.  
Für die Nachdrucksprese: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei Mailed zweimaliger Auslieferung monatlich M. 50,-, aber durch die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 50,-.  
Die Hoffnung 32 zum dreieckigen Telle M. 12,- außerhalb Sachsen M. 15,- Familien-  
ausgaben, Auslagen unter Stellen- und Wohnungszettel, Lippanige Käse- und Weck-  
käuse 25% Nachschluss. Vorzugsaufgabe laut Tarif. Ausländische Aufträge gegen  
Vorauszahlung. Einzelpreise des Berabendblattes M. 1,50.

Schließung und Hauptredaktionsschrift:  
Marienstraße 36/40.  
Druck u. Verlag von Siegell & Reichert in Dresden.  
Postleitzahl-Romme 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattig. — Unaufdringliche Schriften werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks  
Erlösung von Zins- und Gewinnanteils-  
scheinen.  
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

## Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Scheckverkehr.  
Einziehung und Ankauf von Wechseln.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.  
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren  
Stahlschränken unter Verschluß des Mieters  
und Mitverschluß der Bank.

Das Ende der Berliner Reparationsverhandlungen.  
Die Aussichtlosigkeit der Zukunft. — Dollar amlich 1850. — Besorgnis der Welt um den Marktturz.

### Ergebnislos.

Berlin, 25. Aug. Von amtlicher Seite wird folgendes Kommuniqué verbreitet:

Die offiziellen Besprechungen zwischen Sir John Bradbury und Mandelé einerseits, dem Reichskanzler und dem Reichskanzlerminister andererseits, die am letzten Montag begonnen hatten, sind heute zu Ende geführt worden und die Vertreter der Reparationskommission sind nach Paris zurückgekehrt. Obwohl man nicht sagen kann, daß die Verhandlungen bis jetzt ein positives Ergebnis gehabt haben, so sind jedoch verschiedene Anregungen ergeben und geprüft worden. Die Vertreter der Reparationskommission glauben jetzt in der Lage zu sein, der Reparationskommission über die gegenwärtige Lage Deutschlands Auskunft zu geben, was der Hauptzweck ihrer Reise war und sie über die eben erwähnten Anregungen zu unterrichten.

### Ob die deutschen Vorschläge genügen?

Berlin, 25. Aug. In Berliner politischen Kreisen hat man, wie das auch in der amtlichen Mitteilung deutlich zum Ausdruck kommt, von den heute zu einem vorläufigen Abschluß gekommenen Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationskommission allgemein den Eindruck, daß diese Besprechungen keine Klärung der Situation geschaffen haben. Es wird jetzt also alles auf die Verhandlungen innerhalb der Reparationskommission selbst ankommen, ob die deutschen Vorschläge genügen, wenn auch ein ausgesprochenes Moratorium, so doch eine gewisse Spanne für Deutschland zu erzielen. (T. II.)

### Ein Ausgleichsvorschlag?

Paris, 25. August. Die Pariser Presse berichtet über einen neuen deutschen Vorschlag dahingehend, die als Präzedenz geforderten staatlichen Minen und Forsten der Kontrolle eines amerikanischen Kommissars zu unterstellen. Über die Haltung Frankreichs dem neuen Angebote gegenüber finden sich in den Pariser Blättern keinerlei Andeutungen.

## Die Einigung mit den Bergarbeitern.

### Wöchentlich zwei Ueberschlüsse.

Berlin, 25. Aug. Bei den unter dem Vorsitz des Reichsberwaltungsministers abgeschlossenen Verhandlungen mit den Bergarbeitern wurde gestern in später Abendstunde eine Einigung erzielt. Für das Ruhrgebiet soll zum Ausgleich der im September zu erwartenden Teuerung eine Erhöhung der Schichtlöhne um durchschnittlich 160 Mark erfolgen. Ein weiterer Betrag von 140 Mark soll als Ausgleich der noch nicht abgeglohenen Teuerung in der zweiten Hälfte des Monats August sowie unter Berücksichtigung der Laisache gewährt werden, daß die Bergarbeiterlöhne jetzt erst erheblich nach der Zeit ausbezahlt werden, in der sie verdient worden sind. Außerdem, daß das Handstandsgeld vom 1. September um 5 Mark, das Kindergeld um 2 Mark pro Schicht erhöht werden. In Rücksicht der außenpolitischen Lage und der wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands vereinbarten die Parteien ferner, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes von 1. September an bis auf weiteres den dritten Tag der Woche im Anschluß an die regelmäßige Schicht je zwei Ueberschlüsse verhanteln werden. Die Bergleute sollen für diese Ueberarbeit einen Lohnzuschlag von 50 Prozent erhalten. Dieser Zuschlag wird nicht durch Erhöhung des Kohlenpreises gedeckt werden. Im übrigen sollen die Organe der Kohlemarktstiftung am 20. August über die Preiserhöhung Bescheid, die durch die Steuererhöhung notwendig wird. Mitte die übrigen Steuertreibungen ist der Abschluß von Ueberschlüsselfabkommen gleichfalls zu erwarten.

### Die notwendige Steigerung der Kohlenpreise.

Berlin, 25. Aug. Die gestern zugetane Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Kohlenbergbau, die auch zur Annahme des Ueberschlüsse-Abkommen führen, werden auf der anderen Seite eine sehr wesentliche Steigerung der Kohlenpreise im Gefolge haben. Wie aus industriellen Kreisen mitgeteilt wird, ist damit zu rechnen, daß im kommenden Monat der Bentener Kohlen ab Grube im Durchschnitt auf 300 M. zu stehen kommen, dazu treten die Transportkosten, die jetzt ebenfalls erhöht werden, und die Verdienstspanne für Klein- und Großhändler,

so daß sich die Kohle durchschnittlich auf 400 M.

für 50 Kilo stellen wird. In Verbindung mit der Erhöhung der Kohlenpreise steht auch eine Preissteigerung der Nebenprodukte, wie Tee, Teebl., Benzol usw. Durch das Ueberschlüsse-Abkommen

### Die Widerlegung der Wirtschaftslügen Poincarés.

Berlin, 25. Aug. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat für die beiden Delegierten der Reparationskommission ein Pronunciamiento ausgearbeitet, in dem er die Argumente widerlegt, die der französische Ministerpräsident in seinen Reden dauernd gebraucht hat. Es wird die Meldung zurückgewiesen, Deutschland habe mit Absicht seine Währung in Berlin kommen lassen. Erzeugung, Handel und Verbrauch ständen unter dem Druck von Verfalls, der verschärft werde durch die immer ernste Verschärfung einer für Deutschland angepaßten Regelung der Reparationsfrage. Die Passivität der Zahlungsbilanz könne nicht aus eigener Wirtschaftskraft überwunden werden und danach können nicht noch neue hohe Zahlungen geleistet werden.

Der Ausgleich in der Handels- und Zahlungsbilanz und der Ausgleich des Staatshaushaltes sei ohne die Hilfe einer Auslandsanleihe nicht möglich.

Die zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt nötige Steuerbelastung müsse zu weit erweitert werden. Der politische Druck, der insbesondere von Frankreich ausgeübt werde, müsse zwangsläufig zum Zusammenbruch der Währung und Wirtschaft führen. Die Festigung des Status der deutschen Währung sei dringend notwendig, da sonst Arbeitslosigkeit, Nahrungsmittelemangel und Unruhen eine Hinauschiebung des europäischen Wiederaufbaues und eine Fortdauer der Weltkrise die unvermeidlichen Folgen sind. Zum Schlus wird die französische Aussicht, daß maßgebende wirtschaftliche Kreise Deutschlands die gegenwärtige Entwicklung begünstigen, als völlig absurd bezeichnet.

### Die Freigabe der deutschen Bankguhaben im Elsaß.

Paris, 25. August. Aus Straßburg wird mitgeteilt, daß die Restitionsmaßnahmen gegen die Deutschen, soweit sie sich auf die Beschlagnahme von Bankguhaben beziehen, heute, am 25. August, aufgehoben werden.

### Frankreich nach Deutschlands Zusammenbruch.

London, 25. August. Der Arbeiterführer Thomas erklärte gestern in einer Rede, wenn Österreich zusammenbräche und Deutschland ihm auf diesem Wege folge, werde Frankreich zehnmal schwächer daran sein, als jetzt. Er hoffe immer noch, Frankreich werde vernünftig werden. Das einzige Mittel, um eine allgemeine Zusammenarbeit der Nationen wieder herbeizuführen, sei seiner Meinung nach, einen Streit durch die Jahre 1914 bis 1918 zu ziehen und alle Bemühungen lediglich auf die Sache des Weltfriedens zu richten.

Die Folgen der Brandrede Poincarés für Frankreich.

London, 24. August. Der neue gewaltige Streit der Mark erregt großes Aufsehen. „Manchester Guardian“ schreibt zu dem seit der letzten Rede Poincarés eingetretene Marksturz: Es scheint kaum glaublich, daß die Franzosen in einer Politik beharrten, die mit dem Zusammenbruch des deutschen Handels enden müsse und mit der endgültigen Entstörung der Franzosen, irgend welches deutsches Geld zur Balancierung des französischen Budgets zu erhalten. Jedes Wort der Brandrede Poincarés kostet dem französischen Steuerzahler so und sorgt Franken. (B. B.)

Einstellung französischer Zahlungen an deutsche Firmen.

Paris, 24. August. Der „Eclair“ teilt mit, daß alle französischen Firmen, die mit Deutschland in Handelsbeziehungen stehen, benachrichtigt worden sind, die gegenwärtig fälligen Beiträge nicht nach Deutschland zu zahlen, sondern sie in Banten als Guthaben der betreffenden deutschen Firmen zu deponieren.

### England und das Ruhrgebiet.

London, 25. Aug. Nach einer Mitteilung des „Manchester Guardian“ korrespondiert in Berlin, hat Bradburn während der Verhandlungen zwar Zweifel an der Möglichkeit einer Ruhrbelastung zum Ausdruck gebracht, aber augleichlich mitgeteilt, daß England keine Maßnahmen treffen würde, um die Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern. Auch die übrigen englischen Zeitungen bringen zu den Reparationsschwierigkeiten abweichen ungünstige Nachrichten. Die englischen Pressemänner aus Paris sind wenig hoffnungsvoll. Im „Manchester Guardian“ wird mitgeteilt, daß nur geringe Ausicht vorhanden sei, daß die Situation durch die gegenwärtigen Verbrennungen in Berlin entspannt werden könne.

### Eine englische Ansicht über die deutsche Wirtschaftslage.

London, 25. August. Sir L. Franklin von der Firma Samuel Montagu & Co. äußerte sich in einer Unterredung über die Wirtschaftslage Deutschlands. Er erklärte, daß ein sehr großer Teil des flüssigen Kapitals bereits im Ausland untergebracht sei. Die Basis der Mark erhöhe nur den Wert dieses Kapitals. Deutschland befindet sich in einer bevorzugten Situation hinsichtlich der ausländischen Konkurrenz, es sei in der Lage, die Rohstoffe, die es nötig hat, für dieselben Bedingungen wie jedes andere Land zu kaufen. Es würde auch in fremden Devisen für die in Deutschland hergestellten Waren, die es ausführt, bezahlt. In beiden Fällen würden die deutschen Fabrikanten unwiderlegbare Vorteile davontragen. Außerdem bezahlt Deutschland seine Arbeiter in Papiermark. Die Löhne betrügen in Stuttgart ausgedrückt wöchentlich weniger als 10 Schilling. Diese Auffassung ist viel zu optimistisch, weil sie Papiergeldvermehrung mit Werteerhöhung gleichstellt.

### Aussklärungen des amerikanischen Schatzkäfers über die britischen Schulden.

Washington, 25. Aug. Der Schatzkäferskretär Mellon gab infolge zahlreicher Anfragen über die Natur der Verpflichtungen der verschiedenen europäischen Regierungen gegen Amerika eine Erklärung an die Presse ab, in der es heißt:

Großbritannien habe Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten übernommen, nicht für sich selbst, sondern für andere Alliierte, nachdem Amerika vorher erklärt habe, daß Großbritannien gelehrte Geld sei zwar für die anderen Alliierten bestimmt, die Vereinigten Staaten seien aber nur bereit, das Geld herzugeben, wenn England eine Garantie übernehme. Diese Darstellung bestand offenbar auf einem Mißverständnis. Die Vereinigten Staaten gewährten jedem Alliierten Vorstufen an dem Zweck, die von ihm in Amerika getätigten Anläufe zu decken, ohne dabei die Fortsetzung aufzustellen, daß eine andere Regierung die Garantie übernehme. Die von den Vereinigten Staaten der britischen Regierung gewährten Vorstufen hätten lediglich zur Deckung britischer Anläufe gedient. In dem im Juli 1920 dem britischen Konsulat angestellten Memorandum hat das amerikanische Schatzamt erklärt, daß die Konsolidierung der britischen Schulden in keinerlei Zusammenhang mit den von Amerika, Großbritannien und anderen Regierungen gewährten Kriegsbewilligungen und ebenso wenig mit den Reparationszahlungen der Mittelmächte habe. (B. B.)

Dollar (Amtlich): 1850





